

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptpostamts zu Bangen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Wöchentliche Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt. - Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. - Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. - Fernsprecher Nr. 22.

Abbestellungsstelle: Jeden Sonntag abends für den folgenden Tag.  
Preis: Der Abbestellung in der Geschäftsstelle monatlich 2.25, bei Bestellung im Haus monatlich 2.25, durch den Postweg 2.25.  
Einzelhefte 2 Pfennig.

Postfach-Nr.: 21543. - Gemeindepresse-Verbandsgemeinschaft Bischofswerda Nr. 64.  
Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder anderer ungewöhnlicher Eirübung des Betriebes der Zeitung oder der Geschäftsverhältnisse - hat der Verlag keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Abbestellungsstelle: Die Geschäftsstelle Grundstraße (A. M. Nr. 14) oder durch den Postweg in der Geschäftsstelle 80 Pfennig. Bei Bestellungen nachts und freitags 10 Pfennig. - Einzelhefte 2 Pfennig.

Nr. 298.

Mittwoch, den 22. Dezember 1920.

75. Jahrgang.

## Der dritte Band.

Prof. A. Eigenbrodt schreibt in der Deutschen Zeitung: Unerwartet kam im Vorjahre die Nachricht, daß die Antikriegs-Buchhandlung gemäß den Verträgen, die sie mit Fürst Herbert Bismark und dann dessen Sohne abgeschlossen hatte, nun doch zur Herausgabe des dritten Bandes bereit sei.

Im letzten Augenblicke unterblieb die von allen erwartete Herausgabe des Bismarckschen Nachlassbandes; Kaiser Wilhelm II. erhob auf Grund des im Jahre 1901 ergangenen Gesetzes über das literarische Urheberrecht Widerspruch gegen die Veröffentlichung einiger dem Bande beigegebener Briefe von ihm selbst und von seinem Vater; er drang bei dem Stuttgarter Gericht mit dem Widerspruch durch, und daraufhin verzichtete der Verlag auf die Herausgabe des Bandes.

Es war dieser Verzicht durchaus nicht notwendig; nichts hätte den Verlag und den Anteil des verstorbenen Reichstagners hindern können, den dritten Band nunmehr ohne die fraglichen - zum Teil übrigens schon anderweitig bekanntgewordenen - Briefe, sogar so, daß man den Inhalt der Briefe ohne den Wortlaut mitteilen, erscheinen zu lassen. Es bedurfte hierzu nur einer Einigung zwischen dem Verlag und dem jungen Fürsten Bismark. Warum die Sache liegen blieb, ist dunkel. Wie vieles in dieser Sache auch vorher nicht klar genug erscheint mit der einen Ausnahme, daß das Erben der Stimme Bismarcks aus der Ewigkeit von einer Seite immer noch geschützt wird. Dunkel ist auch die Herkunft der Mittelungen aus dem Inhalt des schiedensvollen Bandes, die jetzt im Zustande laut werden.

Auf die ausländischen Veröffentlichungen eingegangen wird, seien die Kapitalüberschriften des dritten Bandes mit ihrem Umfang an geschriebenen Seiten mitgeteilt. Gelegt werden soll außerdem noch, daß die dem Antikriegs-Vertrag von dem Fürsten Herbert Bismark ausgelieferte Handschrift möglicherweise dies oder jenes nicht enthält, was in der von dem Fürsten Reichstagners hinterlassenen Handschrift zur Veröffentlichung bestimmt war. Auffallen muß jedenfalls, daß in der italienischen Veröffentlichung kein Wort von demjenigen steht, was Fürst Bismark über den Charakter der Gesundtheit Kaiser Wilhelms II. über den Zusammenhang der mangelnden Bollgesundtheit mit Worten wie Laten des Kaisers und über Befürchtungen gesagt hat, wie den Fürsten im Jahre 1890 entscheidend dahin bestimmten, daß er seinen Posten nicht aufgeben wollte. Fürst Bismark hätte zu seinen Befürchtungen gute Gründe; er besaß auch ärztliche Gutachten über den Kaiser. Erst wenn man diese Tatsachen kennt, besteht man den vollen Aufschluß über das Verhalten des Fürsten Bismark in der Zeit vom Januar bis März 1890; der Fürst wollte seinen Posten weiter behaupten, weil er dies im Staatsinteresse für notwendig hielt. Gerade hier liegt, wie mir noch wohl mittelste, die Aufklärung. Damit stimmt genau überein, was auch Heinrich v. Poschinger aus dem Munde des Fürsten Bismark vernahm.

Der dritte Band enthält folgende Abschnitte:

- 1) Prinz Wilhelm (S. 1-48).
- 2) Großherzog Friedrich von Baden (S. 49-95).
- 3) Minister v. Büttner (S. 66-79).
- 4) Minister v. Herrfurth (S. 80-85).
- 5) Kronrat vom 24. Januar 1890 (S. 86-114).
- 6) Verständigungsversuche (S. 115-132).
- 7) Meines Entlassung (S. 116-188).
- 8) Graf Caprivi (S. 189-204).
- 9) Kaiser Wilhelm II. (S. 205-26).

Der erste Abschnitt Prinz Wilhelm enthält den größten Teil der Briefe, deren wörtliche Wiedergabe das Stuttgarter Gericht untersagte. Der Inhalt dieser Briefe und der Erwähnungen des Fürsten Bismarcks wurde bei Gelegenheit der Stuttgarter Verhandlung schon hinreichend bekannt. Der italienische Bericht bringt darüber gleichfalls Einzelheiten. Fürst Bismark teilte diese Briefe mit, um der Nachwelt Einblick in die „Geistesverfassung“ schon des Prinzen Wilhelm zu eröffnen; denn der Ton der prinzipialen Briefverfassungen klingt sonderbar.

Was in dem italienischen Blatte über die nachfolgenden Abschnitte des Bismarcksches gebracht wird, erweckt den Eindruck, daß der Berichterstatter das Buch in der Hand gehabt, sich eiligst Aufzeichnungen gemacht, einzelnes nur aus dem Gedächtnis erzählt und dabei die Hergänge durchweg übergegangen hat. Schon der Verlauf des Kronrates vom 24. Januar 1890 ist gänzlich entstellend wiedergegeben. Bismark sagte niemals, man müsse die murrenden Arbeiter zu „murren lassen“; vielmehr meinte er, seit dem waltenden

Bergarbeiterausstände im Frühjahr 1889 und dann auch im Kronrat vom 24. Januar 1890 immer und wieder geltend, Lohnfragen seien zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ohne staatliche Einmischung auszutragen; gegen Verge waltung von Arbeitswilligen aber, wie überhaupt gegen Unruhen; müsse die Staatsgewalt einschreiten. Bismark gab auch in dem Kronrat dem Kaiser nicht nach, wie der Berichterstatter behauptet; er bestand darauf und setzte durch, daß die kaiserlichen Vorschläge verfassungsgemäß erst ministeriell geprüft werden sollten, ehe Entscheidendes geschehen könne. Die Arbeiterschutzfragen gelangten dann vor das Staatsministerium, an den Staatsrat und ganz zuletzt an die internationale Arbeiterkonferenz.

Ganz und gar willkürlich legt der italienische Bericht erstatter dem Fürsten Bismark bei dem Kampfe um sein Amtsverbleiben „Trop“, „Hoch“ und sonstige Leidenschaftsgefühle unter; wahr ist es, daß Fürst Bismark nicht weggehen wollte, er sträubte sich dagegen aus Gründen des Staatswohles, über die oben schon gesprochen wurde, aus Gründen, die in seinen Befürchtungen gerade über den Kaiser wurzelten. In einer Denkschrift, die Fürst Bismark seinem Entlassungsgehörte beigab, und von der der italienische Berichterstatter sich nichts gemerkt hat, sprach sich der Fürst noch weiter über die Untragbarkeit seines Abganges unter gegenwärtiger Lage ausführlich aus.

## Wie man besiegte Feinde behandeln muß.

Von H. Kölsche.

L. v. Rante hat zwar gesagt: Die Geschichte lehrt, daß man aus der Geschichte nichts lernt. Aber die nötigen Schlüsse zu ziehen, ist doch erlaubt, ja geboten. Daß die jetzige Knechtung Deutschlands nichts Gutes stiften kann, sieht wenigstens unter den Neutralen heute jedermann ein. Aber wir wollen heute ein Beispiel aufweisen, wie man besiegte Feinde ganz anders behandelt hat, und mit welcher günstigen Folgen. Ein Beispiel, bei dem wir die Sieger waren und Frankreich der Besiegte, und das unsere Grobmut ins hellste Licht stellt.

Der letzte Weltkrieg hat sowieso große Ähnlichkeit mit den Napoleonischen Kriegen. Als die Verbündeten Napoleon 1813 aus Deutschland vertrieben, erließen sie am 1. Dezember von Frankfurt a. M. eine Rundgebung, worin es hieß:

„Die verbündeten Mächte führen nicht Krieg gegen Frankreich, sondern gegen das laut angekündigte Übergewicht, welches der Kaiser Napoleon zum Unlück Europas und Frankreichs außerhalb der Grenzen seines Reiches aufgekommen hat. Der Sieg hat die verbündeten Heere an den Rhein geführt, der erste Gebrauch, den ihre Majestäten von dem Siege gemacht haben, war: dem Kaiser der Franzosen den Frieden anzubieten. Eine durch den Beitritt aller unabhängigen Herrscher und Fürsten Deutschlands verstärkte Stellung hat keinen Einfluß auf die Friedensbedingungen gehabt. Diese Bedingungen sind auf die Unabhängigkeit der übrigen Staaten Europas gegründet. Die Absichten der Mächte sind gerecht in ihrem Gegenstande, großmütig und freisinnig in ihrer Anwendung, sicherlich für alle, ehrenvoll für einen jeden. - Die verbündeten Mächte wünschen, daß Frankreich groß, stark und glücklich sei, daß der französische Handel wiedergeboren werde, daß die Künste und Wohlthaten des Friedens wieder blühen mögen, weil ein großes Volk nur dann ruhig sein kann, wenn es glücklich ist. Die Mächte bestätigen dem französischen Reiche eine Ausdehnung des Gebietes, welche Frankreich unter den Königen nie kannte, weil eine tapfere Nation nie darum herabstinkt, wenn sie in einem hartnäckigen und blutigen Kampfe auch ihrerseits Unfälle erlitten hat.“

Diese Rundgebung ist geradezu ein Muster einer großmütigen Bestimmung. Auch diesmal ergingen sich bekanntlich die verbündeten Mächte in allerlei großmütigen Redensarten. Aber sie waren nie weggelassen, als die Feinde die Möglichkeit erhellten, ihren Sieg auszunützen. Und die jetzigen Sieger nennen sich Demokraten, Hüter der Volksherrschaft und der Humanität, während die heilige Allianz wirklich viel weniger vor der Geschichte verantwortlich fühlte. Frankreich wies damals die Friedensgenossenschaft der Verbündeten stolz zurück und setzte den Krieg noch monatelang fort und zwang die Verbündeten zu weiteren schweren Opfern. Trotzdem verschärften die Sieger die Friedensbedingungen nicht. Ein monatelanges Festhalten und Warten gab es nicht. Auch wurde Frankreich bei der Aufstellung der Friedensbedingungen nicht ausgeschlossen.

Frankreich behielt sein Gebiet vom 1. Januar 1792, wie es ihm zugesagt war, und bekam sogar noch bedeutsame Striche hinzu. Die wiedereingeflochtenen Bourbonnen konnten sich rühmen, Frankreich in einem völlig verlorenen Krieg noch hundert Geviertmeilen mit einer Million Einwohnern hinzugewonnen zu haben.

Kriegsentschädigung brauchte es gar nicht zu zahlen, wiewohl Preußen ursprünglich 160 Millionen angelegt hatte für vertragswidrig erpreßte Leistungen aus den Jahren 1806-1812. Sogar die geraubten Kunstschätze ließ man den Franzosen. Talleyrand seinerseits betonte immer wieder: Man dürfe dem unbesiegt allenbamer nicht dieselben Zumutungen stellen wie der revolutionären Tricolore. Diesmal ist der Hinweis, daß man es mit einem neuen Deutschland zu tun habe, völlig in den Wind gesprochen worden.

Als dann 1815 Napoleon Europa noch einmal in Aufregung versetzte und den Krieg erklärte, blieben die Sieger nach der Vertreibung Napoleons doch wieder gerecht und großmütig. Metternich betonte: Der Krieg ist nur gegen das bewaffnete Jakobinertum geführt und darf nicht in einen Eroberungskrieg ausarten. Auch der Jar erklärte, man müsse Frankreich zum Verbündeten seiner Sieger machen. Frankreich mußte jetzt zwar eine geringe Kriegsentschädigung zahlen, aber im ganzen nur 700 Millionen Markt. Die Grenzen von 1814 wurden nur wenig verändert, nur das Kohlengebiet von Saarbrücken mußte es jetzt zurückgeben. 15 000 Mann sollten in den Nord- und Ostdepartements lassen. Aber schon 1818 wurden die Truppen zurückgezogen, trotzdem Frankreich sich viel zu nachlässig im Unterhalt des Heeres gezeigt hatte.

Die Folge der beiden Pariser Frieden war eine tiefe, Jahrzehnte dauernde Ruhe in Europa. Auch durch den Frankfurter Frieden im Jahre 1871 haben wir unsere frühere Grobmut gegen Frankreich nicht in Schatten gestellt. Jetzt ist ganz Europa zum Explosionsherd geworden, und die „demokratische“ Entente wird noch angeleitet jener Bestangen der heiligen Allianz erkennen müssen, daß sie die Demokratie auf Hunderte von Jahren hinaus geschändet hat.

## Hardings vier Punkte.

Berlin, 20. Dezember. Das „Echo de Paris“ berichtet aus Washington: Hoover erklärte, die Ansicht des Präsidenten Harding gehe dahin, daß der Völkerverbund bedeutende Veränderungen erfahren müsse, daß aber das neue Gebäude auf der gegenwärtigen Grundlage errichtet werden könne. Vor allem müßten aber vier Punkte geregelt werden:

- 1) Sicherstellung der nötigen Kredite, um Europa die erforderlichen Rohstoffe für seinen Wiederaufbau zu liefern;
- 2) Herabsetzung der deutschen Entschädigung auf eine bestimmte Ziffer, denn unter den gegenwärtigen Verhältnissen wissen die Deutschen nicht, für wen sie arbeiten;
- 3) eine Verständigung mit Rußland, um es wieder zu produktiver Arbeit zu veranlassen, und
- 4) Einstellung der Papiergeldausgabe in ganz Europa.

## Eine Milliarde Dollar für Deutschland?

Frankfurt a. M., 20. Dezember. Einem Londoner Telegramm aus Washington zufolge, gab Wadsworth im Repräsentantenhaus bekannt, der Kammer werde schon demnächst der Plan einer Anleihe von einer Milliarde Dollar für Deutschland unterbreitet werden. Die Milliarde sei dafür bestimmt, den deutschen Handel mit den Vereinigten Staaten zu finanzieren.

## Die deutschen Ausichten in Oberschlesien.

Berlin, 20. Dezember. Der Sonderberichterstatter des „B. T.“ in Oberschlesien hatte Gelegenheit, mit verschiedenen Persönlichkeiten über den Stand der ober-schlesischen Wahlbewegung zu sprechen und erklärte, u. a.:

Die deutschen Ausichten sind sehr langsam und gegen zähesten Widerstand, aber entschieden im Wachsen. Kozyra erklärte mir, daß er „auf eine polnische Majorität von 80 v. H. rechne“. Alle deutschen Führer, die ich sprach, klagten über den Terror der Polen und führten die wachsende Unfähigkeit im ganzen Bande auf deren Plan zurück, die Zustimmung der Schrecken zu verbreiten. General Berzdorf versicherte, in Oberschlesien geschähen nicht mehr Geböhrlichkeiten als anderswo.

Was wird vor allem darauf ankommen, ob die Wähler in diesem Wahlzuge die Ordnung mit Strenge durchsetzen?